

**Beginn: 10.00 Uhr**

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist 10.00 Uhr, ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Landtagessitzung beginnen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 46. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 46., 47. und 48. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 46., 47. und 48. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserem Kollegen Burkhard Lenz ganz herzlich nachträglich zu seinem runden Geburtstag gratulieren. Weiterhin möchte ich unseren Kollegen Jörg Heydorn, Professor Dr. Ralph Weber, Christel Weißig, Erwin SELLERING, Thomas de Jesus Fernandes, die bereits Geburtstag hatten, ganz herzlich nachträglich gratulieren, und unserer Kollegin Ann Christin von Allwörden möchte ich ganz herzlich zu ihrem heutigen runden Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der  
SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV –  
Zurufe aus dem Plenum: Oi!)

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die 46., 47. und 48. Sitzung die Abgeordneten Christiane Berg, Dietmar Eifler und Karen Larisch zu Schriftführern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat auf Drucksache 7/2742 einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Qualität der Lehramtsausbildung umgehend verbessern“, auf Drucksache 7/2743 einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Zustände in der JVA Bützow aufklären – Justizvollzug gesetzeskonform ausstatten“ sowie einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 7/2744 zum Thema

„Humanitäre Katastrophe stoppen, Rüstungsexporte einstellen – Alternativen für den Wertstandort Wolgast entwickeln“ vorgelegt. Die Fraktion der AfD hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 7/2745 zum Thema „Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Privilegierung für Windenergie“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlagen, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach angemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 3 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieser Dringlichkeitsanträge erteilen sowie die Abstimmung über deren Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Innere Sicherheit hat erste Priorität – der Pakt für Sicherheit und Ordnung nimmt die letzten Hürden“ beantragt.

### **Aktuelle Stunde**

#### **Innere Sicherheit hat erste Priorität – der Pakt für Sicherheit und Ordnung nimmt die letzten Hürden**

Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

**Vincent Kokert**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da kann man gleich mal mit der Mär aufräumen, warum gibt es heute die Aktuelle Stunde. Das liegt natürlich nur an dem runden Geburtstag von Frau von Allwörden, die ja eine Polizeibeamte ist, und da habe ich mir gedacht, wenn das schon an dem Tag zusammenfällt, machen wir gleich die Aktuelle Stunde. Das hat nichts mit Selbstbeweihräucherung zu tun, Herr Kollege Wildt, sondern die innere Sicherheit spielt in unserem Land natürlich so wie in anderen Bundesländern immer eine aktuelle Rolle.

Was ich immer wieder höre – ich kann das schon gar nicht mehr hören –, ist, dass die Befürchtung geäußert wird, ein Mehr an Sicherheit bedeutet gleichzeitig das Einschränken der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland. Können Sie mir dafür einen aktuellen Beleg liefern? Ich frage mich das immer, ich lese das auch immer wieder in den Zeitungen, also ein Mehr an Sicherheit bedeutet das Einschränken der Freiheit. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ohne die Sicherheit brauchen wir über Freiheit gar nicht zu reden. Wir brauchen ohne einen sicheren Staat weder über Lehrer noch über sonstige Bedürfnisse des normalen Lebens zu reden. Deswegen tritt die innere Sicherheit für mich in den Vordergrund und nicht in den Hintergrund, und deswegen, sage ich Ihnen, ist das ein aktuelles Thema.

Wer die letzte Woche verfolgt hat, was für Dinge auch in Deutschland passieren, da fragt man sich schon, was so alles möglich ist. Am helllichten Tag werden Geldtransporter in Berlin überfallen, einer fährt davor, einer fährt dahinter, innerhalb von einer Minute ist der Geldtransporter aufgebrochen, das Geld entwendet. Die Täter waren allerdings so dämlich, dass sie sowohl die erste als auch die zweite Beute dann im Auto vergessen haben. Aber nichtsdestotrotz wundert man sich doch, was auf viel befahrener Straße einfach so möglich ist.

Meine Damen und Herren, vielleicht muss man auch darüber reden, wer denn die Freiheit in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich wirklich bedroht. Das sind doch nicht unsere Polizeibeamtinnen und unsere Polizeibeamten. Ich habe noch nie von irgendeinem Bürger gehört, wenn er abends über den Marienplatz geht, dass er sich bedroht fühlt, weil da Polizeibeamte stehen, eher das Gegenteil.

(Bernhard Wildt, BMV: Genau.)

Ich höre, das sind die Straftäter, von denen sich die Bürger bedroht fühlen.

(Beifall vonseiten  
der Fraktionen der CDU und AfD –  
Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Und da wollen wir uns als Politiker mal an unsere eigene Nase fassen. Wenn Sie heute die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern fragen, welche gehören denn bei Ihnen zu den Berufsgruppen, denen Sie am meisten vertrauen: Das ist Punkt 1 der Feuerwehrmann oder die Feuerwehrfrau und bei Punkt 2 kommt schon der Polizeibeamte.

Ich werde Ihnen jetzt nicht sagen, wann wir als Berufspolitiker kommen. Wir rangieren jedenfalls nach Versicherungsvertretern, Gebrauchtwagenhändlern, ganz, ganz weit hinten. Deshalb sollten wir,

(Horst Förster, AfD: Warum wohl?)

deshalb sollten wir auch in diesem Parlament alles vermeiden, was dazu führt, dass man versuchen will, die Polizei zu stigmatisieren. Nein, meine Damen und Herren, ich möchte auch hier vorne allen Polizeibeamtinnen, allen Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern für ihren Dienst danken. Sie halten tatsächlich jeden Tag den Kopf für unsere innere Sicherheit hin und sie haben es verdient, dass wir uns als Landespolitik hinter sie stellen und nicht irgendwelche Märchen erzählen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE  
und Christel Weißig, BMV)

Meine Damen und Herren, man stellt sich ja manchmal so die Frage, warum gibt es eigentlich Bundesländer? Warum haben wir das föderale System? Wozu braucht man heute eigentlich noch Staatsgebilde? Ich glaube, wenn Sie der Frage mal auf den Grund gehen, dann ist eines der wichtigsten Bedürfnisse, die wir als Menschen überhaupt haben, das Thema Sicherheit. Und das ist übrigens ein Grund dafür,

warum Deutschland auf der ganzen Welt als Sehnsuchtsland gilt, weil hier alles ziemlich geordnet ist und wir im Vergleich zu anderen Staaten auf der Erde ein sehr, sehr sicheres Land sind.

Wenn wir nach Deutschland insgesamt blicken, dann dürfen wir auch sagen, dass man sich in Mecklenburg-Vorpommern besonders sicher fühlen kann, weil wir gehören zu den sichersten Ländern in Deutschland. Und das hat natürlich auch was damit zu tun, dass wir in der Vergangenheit bei der inneren Sicherheit schon viel geschafft haben, aber nicht jeder Schritt war richtig, nicht jeder Schritt war richtig. Wir haben lange und intensiv darüber gestritten, brauchen wir einen Abbaupfad bei der Polizei, brauchen wir ein Personalkonzept und muss man die Polizei mit in dieses Personalkonzept eingliedern? Und dann haben wir lange Zeit, das war zu Beginn meiner Landtagszeit, von 2002 an haben wir immer nur darüber gesprochen, es gibt immer weniger Polizei, immer weniger Polizeistellen.

Man könnte jetzt Statistiken bemühen und sagen, na ja, aber auch Mecklenburg-Vorpommern ist in der Vergangenheit immer sicherer geworden. Das sagen die Statistiken. Ja, meine Damen und Herren, was nützen uns diese ganzen Statistiken?! Die gefühlte Meinung in der Öffentlichkeit ist eine völlig andere. Da kannst du nicht mit einer Statistik kommen, sondern die öffentliche Meinung ist, ich fühle mich eigentlich nicht mehr richtig sicher. Ich rate jedem,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ich rate jedem, der ernsthaft Politik macht – Politik ist ja immer das Anerkennen der Realität und der Wirklichkeit –, dass man auf diese Einflüsse auch reagiert, und da waren wir mit eines der ersten Bundesländer. Als wir von der Koalitionsverhandlung aus Berlin zurückkamen, haben wir gesagt, wir werden das, was wir im Koalitionsvertrag in Berlin vereinbart haben, sehr, sehr schnell umsetzen.

Nur so, Herr Kollege Kramer, ist es dazu gekommen, dass wir von den ehemals geplanten 5.500 Polizeistellen jetzt am Ende wahrscheinlich 2021, vielleicht auch erst 2022, ich werde mich da nicht auf eine Zeit festlegen, bei 6.200 landen sollen. Und wenn Sie da mal Ihre Kolleginnen und Kollegen fragen, dann ist das das, was sie unglaublich froh und glücklich macht,

(Nikolaus Kramer, AfD: Ja.)

weil sie sagen, endlich glaubt ihr als Politik auch mal wieder an uns und wisst, wenn wir mehr auf der Straße präsent sind, gibt es ein ganz anderes Sicherheitsgefühl in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich glaube, das hat auch was damit zu tun, dass man diese ganze Institution als Land und als Staat wieder mehr in den Vordergrund rücken kann, weil man sagen kann, wir tun etwas für eure Sicherheit. Das muss dann auch sichtbar werden für die Bürgerinnen und Bürgern, und deswegen haben wir nicht neue Stellen für Stäbe bei den Polizeipräsidenten geschaffen, nein, wir haben insbesondere darauf Wert gelegt, dass die 150 Stellen auf der Straße sichtbar sind.

Wir haben lange drüber gestritten, wie gestalten wir das aus. Wir schaffen die 150 Stellen ja nicht im mittleren Dienst, sondern wir haben gesagt, wir machen es bewusst im gehobenen, auch wenn die Stellen teurer sind, damit wir den Kollegen nicht nur sagen können, du kriegst zukünftig noch einen Kollegen mehr, sondern du kannst auch endlich mal befördert werden. Gucken Sie sich das an, was wir im mittleren Dienst haben! Da bleibst du auf den drei grünen Sternen hängen. Das ist der sogenannte Obermeisterbau, da kommen wir über Jahre nicht drüber hinaus. Wenn wir das jetzt Stück für Stück umsetzen und neue Polizeibeamte ausbilden, kommen wir endlich in den Genuss, dass auch unsere Polizeibeamten befördert werden können, so, wie ihnen das zusteht, und das, was wir ihnen zum Anfang gesagt haben, nämlich, dass du eine durchlässige Laufbahn hast, das kann am Ende dann auch so kommen. Du musst dich nicht damit abfinden, dass du, wenn du im mittleren Dienst anfängst, am Ende auch im mittleren Dienst in Pension gehst.

Deshalb ist das so was Einzigartiges, was wir hier geschaffen haben, weil es wirklich darum geht, das ist eines der größten Einstellungsprogramme, die das Land, jedenfalls solange ich im Landtag bin, überhaupt leistet. Das kostet jährlich 15 Millionen. Ich finde, das ist schon was ganz Außergewöhnliches, was wir als Koalition hier auf die Reise gebracht haben.

Aber wir wollen uns nicht nur darum kümmern, dass es mehr Stellen gibt, wir wollen uns auch darum kümmern, wie geht es den Polizeibeamten jetzt eigentlich, die im aktiven Dienst sind. Da haben wir ein großes Paket von Maßnahmen beschlossen. Eine meiner Lieblingsmaßnahmen ist die Verdreifachung der Zulage für den Schichtdienst, meine Damen und Herren, weil das sind die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die auf der Straße den Dienst tun. Genau die wollten wir stärken. Jetzt fragen Sie mal in den Revieren herum! Es gibt mittlerweile ein hohes Interesse daran, wieder Schichtdienst zu machen, weil du das im Portemonnaie jetzt merkst. Wir hatten vorher 50 Euro – ich sage mal, rund 50 Euro, es war ein bisschen mehr – und jetzt sind es 150 Euro. Das ist fast eine Verdreifachung.

Herr Kollege Ritter, da bleibt Ihnen als Opposition wohl nichts anderes übrig, als irgendwann auch mal anzuerkennen: Mein Gott, das hat diese Koalition aber gut gemacht! Machen Sie das doch heute mal kräftig, wenn Sie nachher in der Aktuellen Stunde hier ans Mikrofon treten!

(Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Mach ich sehr gern.)

Wissen Sie, es ist nicht so, dass wir losgelöst von Raum und Zeit einfach nur sagen müssen, morgen stellen wir 150 neue Polizeibeamte ein und dann haben wir die. Ja, dann mäkelte der eine oder andere wieder herum und sagt, das schaffen die gar nicht, die haben in Güstrow nicht genug Lehrerstellen dafür. Wie soll das eigentlich alles gehen? Das habe ich Ihnen gerade erklärt. Wir schaffen deswegen gerade im gehobenen Dienst neue Stellen, damit natürlich andere Stellen dafür frei werden können. Wer sagt denn eigentlich, dass ein guter Polizeibeamter nicht auch morgen Dienst an der Fachhochschule in Güstrow tun kann? Wer sagt das eigentlich?

Also machen Sie sich mal keine Sorgen! Die Zahlen, die wir derzeit haben, sehen gar nicht so schlecht aus. Da haben wir übrigens bei den Lehrern noch wesentlich mehr Nachholbedarf, Frau Kollegin Oldenburg. Aber ich glaube schon, dass wir unsere Zielzahl 2021/2022 erreichen können, und das ist sehr ambitioniert. Aber wir müssen

natürlich wettbewerbsfähig sein mit anderen Berufen. Also es ist nicht so, dass die anderen Bundesländer dabei schlafen.

Aber eines freut mich doch: Wenn Sie sich ansehen, wie denn eigentlich die Liste derjenigen aussieht, die unbedingt nach Mecklenburg-Vorpommern versetzt werden wollen von den Polizeibeamten aus anderen Bundesländern, dann, sage ich Ihnen, ist die Liste der Leute, die nach Mecklenburg-Vorpommern wollen, besonders lang. Woran liegt das wohl? Liegt das daran, weil wir unsere Leute schlecht behandeln? Liegt das an dem Programm, was wir jetzt aufgelegt haben? Ich glaube, es ist aus allem ein bisschen.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Weil wir sie so schlecht behandeln.)

Erstens merken natürlich viele Polizeibeamte, dass du in M-V ganz gut leben kannst, vor allem auch günstiger als in anderen Bundesländern.

Übrigens, Frau Kollegin Oldenburg, wissen Sie, wodurch die Liste besonders lang ist?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Na?)

Durch Brandenburg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Nein, das ist ja ein Ding! –  
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Besonders viele Brandenburger Polizeibeamte wollen nach Mecklenburg-Vorpommern. Woran das wohl liegt, das will ich heute gar nicht auswerten, das wäre ein anderes Thema, aber es liegt bestimmt nicht daran, dass die Regierung dort so viel für die Polizeibeamten tut, sonst würden sie nicht alle nach Mecklenburg-Vorpommern kommen wollen.



(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –

Peter Ritter, DIE LINKE:

Wer ist denn da Innenminister?)

Also, meine Damen und Herren, ich glaube, das haben wir richtig gemacht. Das haben wir im Übrigen in großer Einmütigkeit in dieser Koalition gemacht,

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

mit anderen wichtigen Maßnahmen auch. Ich weiß, dass Sie sich darüber ärgern, dass es eben nicht im Streit geendet ist, sondern so, wie sich das gehört. Da kann sich Berlin von uns eine Scheibe abschneiden. Hier setzt man sich hin und redet über die Dinge, die uns als Koalitionspartner wichtig sind, und das war uns besonders wichtig.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:

Ach so, deswegen machen wir eine

Aktuelle Stunde zu dem Thema. –

Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Man redet natürlich auch über die Dinge, die dem anderen Koalitionspartner besonders wichtig sind, und dann einigt man sich am Ende auf irgendetwas. Wir haben uns auf dieses Programm geeinigt, 15 Millionen mehr für die innere Sicherheit in diesem Land. Das ist gut angelegtes Geld, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es ist so aktuell wie noch nie. Deshalb freue ich mich auf Ihre Ausführungen in der Aktuellen Stunde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen

der SPD, CDU, AfD und BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste hier im Hause! Liebe Landsleute! Es war ja ein Feuerwerk, was der Kollege Kokert der CDU-Fraktion hier abgelassen hat. Ich kam nicht umhin, mich in dem Gedanken gefangen zu sehen, dass das hier schon fast eine Bewerbungsrede des zukünftigen Innenministers hätte gewesen sein können.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Lassen

Sie sich doch überraschen, Herr Kramer!

Lassen Sie sich doch überraschen! –

Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ja, das lassen wir uns auch.

Ich möchte ganz kurz erwidern, bevor ich inhaltlich darauf eingehe, Sie haben gesagt, dass wir uns ärgern könnten über diese Einmütigkeit der Koalition.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Nein, darüber ärgern wir, also meine Fraktion und ich, uns gar nicht, denn wir ...

(Vincent Kokert, CDU: Sie werden

das kräftig unterstützen nachher. –

Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Natürlich, denn wir erkennen Ihre Bemühungen, die Bemühungen der Landesregierung erkennen wir an,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

dass hier ein Sicherheitspaket geschnürt wurde, genauso, wie der Kollege Kokert gesagt hat, da gibt es auch überhaupt keinen Widerspruch, dass die innere Sicherheit in unserem Land vornan stehen sollte. Ein bisschen erstaunt bin ich natürlich über Ihre Kehrtwende.

(Torsten Renz, CDU: Wir haben schon immer diesen Kurs gehabt, Herr Kramer. Da brauchen Sie nicht erstaunt zu sein. Das hat nur etwas länger gedauert.)

Vor einiger Zeit meinten Sie, wir haben die Statistiken und Ihre gefühlte Sicherheit, das interessiert alles gar nicht. Jetzt fangen Sie selbst an und sagen, es geht aber auch um die gefühlte Sicherheit.

(Vincent Kokert, CDU:  
Das hab ich schon immer gesagt.)

Gut, dass Sie es erkannt haben, das freut uns sehr. Das nehmen wir mit Wohlwollen auf,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn, wie Sie es schon sagten, ohne innere Sicherheit nutzt uns auch ein Lehrerkonzept nichts. Ohne innere Sicherheit nutzt uns auch ein Konzept im Justizministerium nichts.

(Vincent Kokert, CDU: Herr Kramer, haben Sie meine Rede abgeschrieben? Sie müssen jetzt was anderes sagen als ich.)

Ich habe auch gedacht: Menschenkinder, hat der das falsche Parteibuch?! Der hält hier gerade meine Rede.

(Vincent Kokert, CDU:  
Nee, der hat das Richtige gesagt.)

Ja, manchmal ist es so, Herr Kokert. Manchmal ist es so, Herr Kokert, dass die Meinungen nicht unbedingt sehr weit auseinandergehen.

Allerdings bleibt auch zu erwähnen, dass dieses – wenngleich ein sehr guter Anfang, immerhin ein Anfang –

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

nur ein Anfang ist. Viel entscheidender wird sein, wie es uns oder Ihnen als Regierung gelingen wird, entsprechende Einsatzkräfte zu finden und auszubilden. Sie haben es angesprochen, es wird vornehmlich im gehobenen Dienst erfolgen, und natürlich sind das alles patente Beamte, die dann auch zur gegebenen Zeit an der Fachhochschule in Güstrow Lehrertätigkeiten übernehmen können. Aber dennoch, es ist unbestritten, der Polizeidienst ist sehr attraktiv, dennoch müssen wir schauen, dass wir den Polizeiberuf so attraktiv gestalten können, dass die Bewerberzahlen, die rückläufig sind, die extrem rückläufig sind, wieder in die Höhe schnellen.

Hier ein paar Zahlen: 2011 hatten wir noch 15 Bewerbungen auf eine Stelle, dieses Jahr nur noch 6.

(Andreas Butzki, SPD: Da waren auch wesentlich mehr Abgänger.)

Das ist gar nicht richtig, das ist überhaupt nicht richtig.

Schon dieses Verhältnis macht klar, dass die Suche nach qualifiziertem Personal es nicht einfacher, sondern schwieriger macht. Natürlich haben wir auch die Wechselwünsche aus anderen Bundesländern, wo, wie Sie sagten, die Liste länger ist als die, die hier aus Mecklenburg-Vorpommern weg wollen. Die Gründe sind vielschichtig, darüber brauchen wir jetzt auch nicht zu diskutieren.

Liebe Bürger dieses Landes, zu dieser Debatte heute gehört auch, den aktuellen Zustand unserer Landespolizei zu betrachten. Ich nenne hierzu einige Zahlen, die zu einer umfassenden Analyse dieses Paktes auch dazugehören sollten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb vor nicht allzu langer Zeit, dass 750 Beamte – 750! – unserer Landespolizei, was 17 Prozent aller Einsatzkräfte betreffen würde, nicht voll einsatzfähig seien. Man mag über die Gültigkeit dieser Aussage im

Einzelnen diskutieren, zur Wahrheit der Einsatzfähigkeit gehört allerdings auch, dass zuletzt jährlich bis zu 350 Anschlussheilbehandlungsmaßnahmen notwendig gewesen sind. Das können Sie alles nachlesen in den Kleinen Anfragen, die ich in den vergangenen Monaten hier gestellt habe.

Ein weiterer Punkt, den es auch für die Zukunft unserer Landespolizei zu beachten gilt, wird die Kompensation der kommenden Ruheständler sein. Dieses Jahr werden nach Angaben der Landesregierung 136 Polizeibeamte in den Ruhestand gehen und in dem darauffolgenden Jahr 2019 werden es dann noch einmal 211 Beamte sein. Also Ihre Bemühungen erkennen wir an, dennoch sind diese 150 Beamten, von denen wir jetzt seit einiger Zeit sprechen, nach meinem Dafürhalten und nach dem Dafürhalten meiner Fraktion eindeutig zu wenig,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn nach derzeitiger Vorausschau,

(Vincent Kokert, CDU: Das sind insgesamt schon 400, Herr Kramer, in dieser Legislaturperiode.)

nach derzeitiger Vorausschau werden wir ...

Wie viel? 400 meinten Sie? Dann erklären Sie mir, wie Sie die Lücke bis 2021 schließen wollen, wenn bis dorthin insgesamt 699 Ruhestandseintritte im Polizeivollzugsdienst zu verzeichnen sein werden. Hinzu kommt auch noch, dass 247 Polizeivollzugsbeamte den Dienst außerplanmäßig verlassen mussten.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen zeigen uns eindringlich, dass ein auf dem Papier stehender Pakt für innere Sicherheit nicht automatisch alle Hürden für mehr Sicherheit genommen hat. Diese Form der Selbstbeweihräucherung kann auch nach hinten losgehen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

wenn die Sollstärke bei Neueinstellungen zukünftig nicht mehr erreicht wird oder unerwartet viele Personen den Dienst quittieren werden.

Wir als AfD-Fraktion werden selbstverständlich als Partei der Rechtsstaatlichkeit und damit auch der inneren Sicherheit den anstehenden Prozess konstruktiv begleiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dennoch möchte ich an dieser Stelle auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen. Eine Politik des reinen Stellenaufwuchses bedeutet noch nicht, dass wir mit der inneren Sicherheit insgesamt zufrieden sein können. Ich erläutere Ihnen gern an dieser Stelle, woran das liegt, Herr Kokert.

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt kommt es wieder.)

Herr Seehofer sagte am vergangenen Wochenende, dass unsere Gesellschaft nur dann stark bleiben würde, wenn es die Politik schafft, ich zitiere Ihren Kollegen Seehofer, „das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen“.

(Vincent Kokert, CDU:

Wieso ist das mein Kollege? –

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

Mitgefangen, mitgehangen, Vincent!)

Werte Kollegen der CDU-Fraktion, und hierbei ist es genau dringend geboten, endlich Sicherheit zu üben.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:

Jetzt kommt der Knüller, Sie grinsen schon so.)

Ich grinse, weil ich ein freundlicher Mensch bin. Sie lächeln mich an und ich lächle zurück, Herr Kokert. Das gebietet doch der Anstand.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Bis heute hören wir von Ihnen keine wirkliche Antwort darauf, warum das Vertrauen in den Rechtsstaat erodiert. Fragen Sie sich nicht, wieso der gesellschaftliche Zusammenhalt so tief gespalten ist?

Ich zitiere an dieser Stelle den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier,

(Vincent Kokert, CDU:  
Das ist auch ein großer Künstler.)

der konstatiert dementsprechend: „Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Institutionen dieses Verfassungsstaates. Verlorenes Vertrauen ist das Schlimmste, was passieren kann. ... Unsere Gesellschaft wird vorrangig zusammengehalten durch die uneingeschränkte Unterwerfung unter die Herrschaft des Rechts. Und die ist leider nicht mehr durchgehend gewährleistet“,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn seit Jahren gibt es nun einen eklatanten Unterschied zwischen der Gesetzeslage und der Regierungspraxis.

Wie jüngst sogar in einer Kleinen Anfrage zu lesen war, sind die Sicherheitsbehörden seit 2016 dazu angehalten, den Anfangsverdacht der unerlaubten Einreise bei Personen, die beispielsweise aus Syrien kommen,

(Thomas Krüger, SPD: Ach, ich habe  
drauf gewartet! Nun ist es so weit!)

nicht weiterzuverfolgen.

Herr Krüger, Ihre ...

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:  
Sie haben aber lange gebraucht!)

Na ja, kommen Sie, so lange war es nicht. Ihre Erwartung erfülle ich dann sehr gerne in dieser Aktuellen Stunde.

Das, meine Damen und Herren, ist die bewusste Außerkraftsetzung unserer Rechtslage.

(Vincent Kokert, CDU: Aaah!)

Genau solche Entscheidungen zerstören das Vertrauen in den Rechtsstaat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,  
und Thomas Krüger, SPD)

Es nutzt uns nichts, wenn wir einen Sicherheitspakt schnüren, wenn wir mehr Polizeibeamte einstellen, wenn wir die Schichtzulage nehmen – was alles total begrüßenswerte Maßnahmen sind, gar keine Frage, dagegen sage ich auch kein Wort –, aber all diese,

(Vincent Kokert, CDU: Herr Kramer,  
ich nehme Sie beim Wort! –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

all diese Maßnahmen nutzen nichts, wenn der Rechtsstaat auf anderen Wegen mit anderen Mitteln außer Kraft gesetzt wird,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn diese bewusste Außerkraftsetzung führt dazu, dass das Vertrauen in diesen Rechtsstaat gestört wird. Die AfD bleibt selbstverständlich rechtsstaatstreu und unterscheidet bei Straftaten nicht zwischen der Herkunft.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)



Eine illegale Einreise, Herr Krüger, bleibt eine illegale Einreise und muss dementsprechend, egal aus welchem Land diese erfolgt ist, verfolgt werden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Natürlich, Volksverhetzung bleibt Volksverhetzung.

Das Bundesinnenministerium geht nach polizeilichen Erkenntnissen davon aus, dass ein Großteil der illegalen Migration im Dunkelfeld erfolgt. Nach aktuellen Angaben der EU-Kommission stellen noch immer täglich 460 Personen einen Asylantrag in Deutschland. Bis heute wissen wir nicht genau, wer diese Leute sind. Auch dieser Aspekt gehört zu einer Politik, die der inneren Sicherheit höchste Priorität zukommen lassen will. Schreckliche Beispiele belegen das. Diese Beispiele erspare ich mir aber.

Meine Damen und Herren, es liegt in Ihrer Verantwortung, dass Schengen praktisch schon tot ist, ohne dass bisher eine Beerdigung gefeiert wurde. Sie wissen ganz genau, dass Grenzschutz möglich ist. In Dänemark schützt schließlich das Militär bereits die Grenze und damit die Interessen des Landes.

(Tilo Gundlack, SPD: Als ich das letzte  
Mal in Dänemark war, standen da  
Polizeibeamte und kein Militär.)

Es ist Zeit, auch hier das hochriskante Zuwanderungsexperiment zu beenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die in der jüngsten Vergangenheit erlebten Beispiele, aber auch das Beispiel von Ihnen, Herr Kokert, sind Beispiele, die maßgeblich dafür sorgen, dass die Bürger das Vertrauen in die Institutionen unseres Staates verlieren. Die CDU hier im Land sollte sich endlich auf eine Wende vorbereiten, auf eine Wende der Regierungspolitik von Frau Angela Merkel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der CDU muss endlich ...

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Spärlicher Applaus! –  
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der CDU muss es endlich wieder möglich werden, sich an der an den Sicherheitsinteressen unserer Bürger orientierten Gesellschaftspolitik auszurichten.

Ein letzter Vergleich sei mir gestattet. Während Frau Merkel mit ihrer Belehrungsresistenz ihre eigene Partei weiter an die Wand fährt, zeigt Österreich, wie es geht. In einer Koalition mit der FPÖ steht sie für stabile Mehrheitsverhältnisse.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die dortige ÖVP gewann mit ihrer asylpolitischen Wende 1,3 neue Wähler hinzu.

(Torsten Renz, CDU: Was hat er denn schon konkret gemacht, der Herr Kurz?  
Sagen Sie mal, was er konkret gemacht hat, außer, dass er ins Amt gekommen ist! –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sind hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern!)

Liebe Christdemokraten in diesem Hause, denken Sie an die Zukunft unseres Landes, stoppen Sie den Vertrauensverlust und sorgen Sie mit allen bürgerlichen Kräften wieder für eine Politik nachhaltiger innerer Sicherheit! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Minister Harry Glawe)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst erst mal bedanke ich mich ganz herzlich für das Thema der Aktuellen Stunde, denn das ist ein Thema, was die Bürgerinnen und Bürger auch brennend interessiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Keine Redezeit in der Haushaltsdebatte gekriegt, oder was?!)

Insofern, glaube ich, tun wir gut daran, uns hier über dieses Thema auszutauschen.

Doch zuallererst möchte ich mich an die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land wenden. Wir hatten auch in diesem Jahr durchaus wieder schwierige Einsätze. Ich erinnere beispielsweise nur an die Demonstrationsslage am 22. September in Rostock, wo aufgrund exzellenter Vorarbeit durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter größere Vorfälle verhindert werden konnten und alles exzellent durchgeführt wurde.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei, jeden Tag halten Sie für unsere Sicherheit Ihren Kopf hin, Sie stehen in der Bereitschaftspolizei Auge in Auge Gewalttätern gegenüber, Sie sind im Streifendienst immer wieder mit gefährlichen Situationen konfrontiert und sorgen durch gute Ermittlungsarbeit für eine im bundesweiten Vergleich gute Aufklärungsquote.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Dafür bedanke ich mich bei Ihnen allen nicht nur im Namen der Landesregierung und als Innenminister, sondern auch als Ehemann, als Vater, als Großvater. Danke, dass Sie meine Familie, meine Freunde, unsere Mitmenschen im Land schützen. Sie leisten großartige Arbeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und AfD)

Wie Sie wissen, haben wir im Land einiges beschlossen und es gibt demzufolge auch einiges umzusetzen. Der Pakt für Sicherheit und Ordnung nimmt seine letzten Hürden und am 1. Januar 2019 werden die beschlossenen Maßnahmen in Kraft treten. Warum ist das wichtig? Das Stichwort fiel heute schon mehrmals. Das hat was mit Vertrauen zu tun. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen ihr Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat behalten, und es uns dort zurückerarbeiten, wo es stellenweise abhandengekommen ist.

Der Stellenabbau in Verwaltung und Polizei hat sich über zweieinhalb Jahrzehnte hinweg gezogen. Der Personalabbau, auch das muss deutlich gesagt werden, war eine bewusste Entscheidung der Politik, um den Haushalt zu konsolidieren und die Handlungsfähigkeit des Landes zu sichern. Am Ende war die Decke aber fast überall zu kurz. Staatliche Strukturen in Normalzeit auf ein Mindestmaß zusammenzukürzen, mag zwar irgendwie verständlich sein, aber es gibt neue Herausforderungen, neue Anforderungen, denen muss sich Politik stellen. Denen müssen wir uns stellen und auf die muss Politik reagieren. Diese Herausforderungen haben mit dem Normalfall wenig zu tun. Deshalb ist es dem einen früher, dem anderen später klargeworden, dass wir mit einer Schön-Wetter-Verwaltung auf Dauer nicht die an uns gestellten Anforderungen erfüllen können.

Vielleicht hat der Prozess hier und da etwas zu lange gedauert, aber ich bin dankbar, dass wir ihn jetzt in die Wege leiten können. Wichtig ist aber demzufolge, dass wir 2015 beginnend die Reißleine zu der Frage gezogen haben und bereits 2016 im Koalitionsvertrag mit dem Thema „Stopp des Personalabbaus“ begonnen haben. Zunächst vereinbarten wir im Koalitionsvertrag 150 neue Stellen, weitere 100 im Zuge der Flüchtlingszuwanderung wurden zunächst befristete Stellen, die mittlerweile entfristet wurden, und mit dem Pakt für Sicherheit schaffen wir nochmals 150 neue Stellen. Unterm Strich stehen also 400 Stellen mehr als noch knapp vor drei Jahren zur Verfügung. Das ist eine tolle Leistung, für die ich mich ganz herzlich bedanke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Auch in der Justiz kommt es seit 2016 zu einem deutlichen Anstieg des Personalbedarfs. Das betrifft insbesondere die Staatsanwaltschaften und folglich auch die Strafgerichte, denn mehr Staatsanwälte haben ebenso wie mehr Polizeibeamte entsprechend mehr Arbeit für die Richter an den Strafgerichten zur Folge. Deshalb soll auch die Justiz mit insgesamt 23 Stellen für Staatsanwälte und Richter verstärkt werden. Das kommt am Ende nicht nur den Staatsanwaltschaften, sondern auch den Strafgerichten zugute. Diese Personalverstärkung soll weiter dazu beitragen, die Dauer der Gerichtsverfahren zu verkürzen. Auch das hat was mit Vertrauen für die Bevölkerung zu tun.

Das alles ist, das muss man deutlich sagen, ein Kraftakt für unser Land und es ist das Ergebnis einer sehr guten Zusammenarbeit dieser Landesregierung und der Koalitionsfraktionen. Ich bedanke mich bei den beiden Fraktionsvorsitzenden, bei der Ministerpräsidentin, dem Finanzminister und allen, die mit konstruktiven Vorschlägen dazu beigetragen haben, dass wir dieses Paket schnüren konnten.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass diese vielen Stellen nicht heute ausgeschrieben und morgen besetzt sind. Es braucht seine Zeit. Für einen Polizeischüler brauchen wir rund zwei Jahre Ausbildung und drei Jahre für ein Studium für den gehobenen Dienst. Fast 350 Polizisten haben dieses Jahr ihr Studium oder ihre Ausbildung an der Fachhochschule in Güstrow begonnen. Gegenüber 2013 haben wir die Zahl der Neueinstellungen bei der Landespolizei also um sage und schreibe 300 Prozent erhöht. Insgesamt absolvieren derzeit 700 Schülerinnen und Schüler beziehungsweise Studenten ihren Dienst zu Polizeivollzugsbeamten an der Fachhochschule.

Klar ist aber auch, dass je nach Ausbildungsart schon noch einmal zwei beziehungsweise drei Jahre vergehen, bis wir auf die ausgebildeten Kräfte zurückgreifen können. Ja – Kollege Kramer hat es angesprochen, es ist eine große Herausforderung –, wir gehen davon aus, dass von 2016 bis 2021 rund 1.000 Kollegen in den Ruhestand gehen. Und wenn wir 400 zusätzlich einstellen, heißt das, wir werden von 2016 bis 2021 in dem Bereich circa 1.400 Polizistinnen und Polizisten ausbilden. Jeder, der in diesem Saal weiß, was das für ein Kraftakt ist für die Fachhochschule, den wir gemeinsam meistern werden, der muss an dieser Stelle

auch Danke sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Fachhochschule, die sich dieser Aufgabe stellen und sie meistern, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Es geht eben nicht nur um die Altersabgänge, die vollständig ersetzt werden müssen, sondern auch noch um den umkehrenden Personalabbau, der heißt, mehr Polizistinnen und Polizisten als vorher. Deshalb werden auch die Anwärterzahlen an der Fachhochschule in den nächsten Jahren weiter hoch liegen und wir werden alles dafür tun, dass wir möglichst viele Bewerbungen zu den jeweiligen Aufgaben erhalten. Ich möchte nach wie vor nicht die Anforderungen absenken, denn ich glaube, da tun wir auch der Polizei keinen Gefallen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der CDU und AfD)

Für die Fachhochschule selbst ist das ein logistischer Aufwand, dem wir uns stellen, aber gemeinsam mit dem BBL haben wir die notwendigen baulichen Maßnahmen ergriffen, um die baulichen Kapazitäten im Lehrbetrieb und in der Unterkunft zu schaffen. Auch hierfür bedanke ich mich an der Stelle bei allen Beteiligten, die daran mitwirken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ja, meine Damen und Herren, es waren wichtige Protagonisten aus unserem Bundesland, aus dem eigenen, die bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin letzten Jahres den Pakt für Sicherheit mit auf den Weg gebracht haben. Die 7.500 neuen Polizistinnen und Polizisten für Bund und Länder haben wir dort vereinbart, was nach dem Königsteiner Schlüssel die bereits erwähnten 150 zusätzlichen Stellen für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet. Wir waren aber gut beraten, dass wir diese Stellen nicht einfach auf die zuvor bereits geschaffenen Stellen angerechnet haben, denn ja, Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland und hat auch die meisten Polizisten im Verhältnis auf 100.000 Einwohner, hat aber auch zum Teil die größten

Entfernungen, denn wahr ist auch, dass in manchen Polizeirevieren in einigen ereignisarmen Schichten nur ein vollbesetzter Streifenwagen zur Verfügung steht.

In Zukunft wollen wir dies so regulieren, dass mindestens immer zwei Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Auch dafür brauchen wir den Personalaufwuchs. Bei der Größe unserer Reviere ist das, glaube ich, angebracht und deshalb ist der Pakt für Sicherheit auch so wichtig. Was er genau vorsieht, wurde schon häufig erwähnt. Ich bin jedenfalls dankbar – wir werden heute noch über den Nachtragshaushalt reden –, dass ab 01.01.2019 voraussichtlich jährlich 15 Millionen Euro zusätzlich für Polizei, Justiz zur Verfügung stehen. Rund 12,5 Millionen dieser Gesamtmasse fließen in den Aufgabenbereich der Polizei, der Rest in die Justiz. Finanziert werden daraus unter anderem auch die neuen Stellen. Zur Ausbringung der 150 zusätzlichen Planstellen hat die Landesregierung den Nachtragshaushalt in den Landtag eingebracht – unter anderem.

(Peter Ritter, DIE LINKE:

Der wird erst nachher eingebracht.)

Ich sagte es eingangs, die Belastung bei der Polizei ist über all die Jahre stark gestiegen. Dafür gibt es unterschiedliche Faktoren, der eine oder andere wurde heute bereits angesprochen. Deshalb müssen wir auch an die Beförderungen und an die Zulagen ran. Die Grundidee dahinter ist, die Präsenz auf der Straße zu verbessern. In einem so großen und dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist das ein nachvollziehbarer Wunsch. Daher soll es auch finanzielle Anreize vor allem für diejenigen geben, die diese Präsenz gewährleisten. Überrascht hat mich hier schon, wie nach all den Jahren des Widerstands gegen die Zulagen jetzt plötzlich alle so tun, als hätten sie nie etwas anderes gewollt. Aber am Ende zählt das Ziel. Auch dafür bin ich dankbar. Vorschläge dazu, welche Zulagen konkret erhöht werden könnten, gab es quasi als Extra gleich mit.

Derzeit befinden wir uns in der Erarbeitung der Erschwerniszulagenverordnung beziehungsweise in der Verbandsanhörung, mit der wir die Verbesserung bei Wechselschichtzulagen, Zulagen für Spezialeinheiten auf den Weg bringen wollen. Kommen werden außerdem neue Zulagen in dem Zusammenhang auch für die

Spezialkräfte für den Bereich „Sachbearbeitung Kinderpornografie“ sowie für die Diensthundeführer. Ich bin sicher, dass wir die Zulagenverordnung zum 01.01.2019 in Kraft setzen werden können, um dies zu gewährleisten.

Auch bei den Beförderungen – ein Thema, was immer wieder eine große Rolle spielt – kommen wir endlich voran. Immer wieder erreichen Sie genauso wie mich Beschwerden, dass einzelnen Obermeistern der Sprung zum Hauptmeister nicht möglich war. Das trifft vor allem Kolleginnen und Kollegen mit der DDR-Ausbildung. Da ist schon die Frage berechtigt: Eine Beförderung im gesamten Berufsleben – kann das zur Berufszufriedenheit führen? Deshalb wird es in den nächsten Jahren so viele Beförderungsmöglichkeiten wie noch nie geben. Alle neu eingerichteten Stellen werden mit A10 besoldet sein. Außerdem wird es Stellenhebungen nach A12 und A11 geben, damit kein Beförderungsstau entsteht.

Ich finde, wer den Schritt von der Volkspolizei in eine demokratische Landespolizei gemeistert hat, wer die aktuellen gesellschaftlichen und fachlichen Herausforderungen in der Landespolizei bewältigt und wer seinen Dienst nach all den Jahren und zahllosen Veränderungen ordentlich leistet, der hat es auch verdient, zum Hauptmeister befördert zu werden, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

Auch die jungen Polizistinnen und Polizisten der Laufbahngruppe 1 sollten wissen, dass sie bei zuverlässiger Durchführung ihres Dienstes das Endamt ihrer Laufbahn erreichen können. Denn darum, meine Damen und Herren, geht es neben allen Verbesserungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger eben auch, den Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landespolizei zu würdigen. Auch dies tun wir mit dem Paket. Das haben die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag ihren Dienst verrichten und gute Arbeit leisten, verdient. Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, dieses Paket auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, aber nicht nur dank des Paktes für Sicherheit geht es in der Landespolizei voran, wir investieren schon seit Jahren auch kräftig in die



Ausstattung und Ausrüstung. Allein der Vergleich zwischen 2015 und 2018 zeigt, wie stark wir in dem Bereich Investition, was auch richtig ist, in die Offensive gegangen sind beziehungsweise gehen. Waren es 2015 noch knapp 13 Millionen Euro, die wir im Bereich der Landespolizei investiert haben, hatten wir 2018 bereits über 21 Millionen Euro Investitionen innerhalb der Landespolizei im Bereich Technik und Ausstattung. Im Haushaltsplan 2018/19 stehen für Investitionen in Ausstattung und Ausrüstung insgesamt über 25 Millionen Euro zur Verfügung. Ich wiederhole: Zeitraum 2015 13 Millionen Euro, 2018/19, Haushaltsplan, rund 25 Millionen Euro. Auch das muss einmal gesagt und gewürdigt werden.

Und an der Stelle bedanke ich mich auch ganz herzlich beim Finanzminister. Dafür werden viele Dinge umgesetzt. Es werden auch die Dienstpistolen umgesetzt. Ich kann alle beruhigen, die letzten Tests sind positiv ausgefallen.

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD:

Die schießen geradeaus.)

Insofern werden auch die jungen Kolleginnen und Kollegen mit neuen Dienstwaffen ausgestattet, die im Übrigen in einem umfangreichen Test im Vorfeld gemeinsam ausgesucht wurden und nicht irgendeinem den Zuschlag erteilt haben.

Auch mit den neuen Bodycams machen wir den Einsatz für die Polizei sicherer. Nachdem wir im Frühjahr das SOG entsprechend angepasst haben, werden jetzt in Anklam, Schwerin und Rostock-Reutershagen die Kameras erprobt. Wir haben den Fuhrpark erweitert, wir haben ein gesichertes Fahrzeug, also ein gepanzertes Fahrzeug für besondere Lagen angeschafft, die Einsatzkräfte werden neue Überziehwesten erhalten, die besser schützen und praktischer sind, die Wasserschutzpolizei ist mit Jetskis ausgestattet worden, um den Motorbootrasern auf den Binnenseen Paroli bieten zu können, und schon bald werden wir auch den Einsatz von Drohnen testen.

Ich könnte noch viele, viele Maßnahmen aufzählen, die dazu führen, dass wir hier vorankommen, aber auch das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Stück Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern, wenn man sie mit vernünftiger Technik, vernünftiger Bekleidung und vernünftigen Gerätschaften ausstattet. Denn nur so konnten wir gemeinsam den Pakt für Sicherheit und Ordnung auf die Beine stellen, weil unsere Landespolizei auch einen sehr guten Ruf genießt. Wer gute Arbeit leistet, soll und muss auch gerne unterstützt werden, meine Damen und Herren.

Ich bedanke mich an der Stelle nochmals ganz herzlich bei allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir haben für das Land, wir haben insbesondere für die Landespolizei vieles bewegt, aber wir sind auch dabei, das, was man Bauchgefühl nennt, mit zu schaffen und nicht nur ausschließlich die Statistik zu bedienen. Es hat uns wieder gezeigt, Statistiken sind wichtig, aber Statistiken sind nicht alles. Deswegen ist es gut, wenn das Parlament dementsprechend den Weg geebnet hat, dass wir in Zukunft auch wieder zwei Streifenwagen nachts im Einsatz haben können in allen Revieren, dass wir mehr vor Ort präsent sind, sodass der Bürger dieses Landes seine Polizei auch sehen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und Besucher auf unserer Besuchertribüne begrüßen. Es sind Seniorinnen und Senioren der Volkshochschule Schwerin. Herzlich willkommen! Ich hoffe, Sie lernen was.

(allgemeine Heiterkeit)

Jetzt rufe ich für die Fraktion DIE LINKE den Abgeordneten Herrn Ritter auf.

(Vincent Kokert, CDU: Als hätte ich es  
vorausgesehen, dass Sie jetzt sprechen.)

**Peter Ritter**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schon etwas länger im Landtag sitzen! Sie werden mir vielleicht zustimmen, dass in diesem Hohen Hause eine Unsitte Einzug gehalten hat, nämlich die Unsitte, dass man Themen, die auf der Tagesordnung des Landtages stehen, schon mal in der Aktuellen Stunde abfrühstückt. Aber mit Blick auf die Redezeit oder die angemeldete Redezeit durch die Landesregierung beim Tagesordnungspunkt „Nachtragshaushalt“ wird deutlich, dass für den Innenminister da offensichtlich kein Platz war, und deshalb ist es nachvollziehbar, dass auch die CDU-Fraktion über ihre Guttaten reden will, die im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt stehen.

(Torsten Renz, CDU:  
Jetzt kommen wir zum Thema!)

Und so verwundert es auch nicht, dass der Innenminister schon davon spricht, man hätte den Nachtragshaushalt hier eingebracht, obwohl er noch gar nicht eingebracht ist. Aber sei es drum, es heißt theatralisch „letzte Hürde“ und innere Sicherheit hat höchste „Priorität“. Ich muss Ihnen sagen, weder noch.

Zu den Hürden werde ich etwas sagen, zu den Prioritäten auch, und ich will damit beginnen, und zwar mit einem Zitat. Das lautet: „Die Grenzen der Belastbarkeit der Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind erreicht und zum Teil überschritten. ... Bisherige Initiativen der Landespolitik sind wichtige Signale, gefordert sind jetzt jedoch politische Grundsatzentscheidungen zur personellen Ausstattung der Landespolizei.“ Zitatende. Das ist kein Zitat aus der CDU-Fraktion oder von der SPD-Fraktion, das ist ein Zitat aus meiner Rede, und die sind ja bekanntlich die besten.

(Vincent Kokert, CDU: Sie  
zitieren sich selber, Herr Ritter?!)

Das ist immer,

(Vincent Kokert, CDU: Das muss man erst mal machen. Donnerwetter!)

das ist immer gut, weil da viel Wahrheit dahintersteckt, lieber Kollege.

Und der Innenminister, jetzt hören Sie mal genau zu,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

der Innenminister erwiderte auf diese Aussage im Anschluss an unsere Vorstellung: „Das alles ist nicht weit von Ihrem Antrag entfernt. Insofern hält sich meine Kritik gegenüber dem Antrag Ihrer Fraktion auch in Grenzen.“ Zitatende. Dass der Antrag trotzdem abgelehnt worden ist, das ist ja eine Normalität hier in diesem Haus.

(Vincent Kokert, CDU: Na, na!)

Ich will auch gern, liebe Kollegin von Allwörden, Ihren Vorgänger im Amt, Herrn Silkeit, zitieren, aus einer noch früheren Debatte, der da sagte, wörtlich: „Ursprünglich hatte ich einen anderen Einstieg für meine Ausführungen zur Landespolizei gewählt, aber ich denke, man sollte durchaus mit dem Guten an der heutigen Debatte beginnen. Insofern, ... das ist auch nicht das erste Mal, lobe ich die Linksfraktion ganz einfach mal dafür“,

(Vincent Kokert, CDU: Dann hat er sich halt geirrt. Das passiert.)

„dass sie das Thema Polizei, Situation der Polizei, Belastungssituation der Polizei am Kochen hält.“ Zitatende.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Dramatische ist also wie gesagt für mich nicht die Ablehnung des Antrages, weil das ist Normalität in diesem Haus – in dem Antrag ging es zum Beispiel um eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe einschließlich der GdP und externer Sachverständiger, wie das übrigens die GdP mehrfach gefordert hat –, nein, das eigentliche Drama ist der Zeitverlust von über

zweieinhalb Jahren zulasten der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten in unserem Land. Es ist also nichts mit erster Priorität, Sie haben einfach Zeit verschenkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch aus diesem Grund gibt es heute, bis heute keine Konzeption oder kaum konzeptionelles Handeln im Bereich der Landespolizei. Handlungsgrundlage für diesen Pakt und für die Diskussion heute hier ist vielmehr ein Deal:

(Vincent Kokert, CDU: Ah!)

der Deal kostenfreie Kita für mehr Polizisten. Hier zwingt ein Koalitionspartner dem anderen sein Steckenpferd auf, jeder schwenkt anschließend sein eigenes Siegerfähnchen,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr!)

das haben wir ja bis jetzt gesehen, und nennt das Ganze im Ergebnis auch noch geordnetes Regierungshandeln.

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

Das sehe ich anders, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –

Minister Harry Glawe: Das war bei

Ihnen ja anders, ne?)

Dass bei uns das alles anders war, Herr Kollege Glawe,

(Minister Harry Glawe: Hören Sie auf!

Hören Sie auf, Herr Ritter!)

das will ich hier nicht kommentieren. Nein, auch wir haben viele,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das ist auch besser.)

auch wir haben viele,

(Vincent Kokert, CDU: Wie viele Polizeibeamte  
haben Sie mehr geschaffen, Herr Ritter?)

auch wir haben viele Fehler gemacht, und das Personalentwicklungskonzept, darauf hat der Innenminister ja hingewiesen, war zu einer Zeit notwendig, als es darum ging, den Landeshaushalt zu konsolidieren. Sonst könnten Sie heute nämlich gar keine Erfolge feiern, lieber Kollege Kokert.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –  
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das verdutzte Publikum,

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben  
für uns gespart, Herr Ritter!)

das verdutzte Publikum reibt sich dann auch verwundert die Augen, wenn über Zahlen gesprochen wird. Besonders war das zu bemerken, als immer über die magische Zahl 555 gesprochen wurde. Nach eigenen Berechnungen komme ich nun nicht umhin und ich muss Ihnen jetzt auch meine eigene Zahl mitteilen. Nicht 100, nicht 555, sondern 682, lieber Kollege Kokert, denn durch das Aussetzen des Personalkonzeptes im Bereich der Polizei, durch 100 zusätzliche Stellen im Zuge des Asylmanagements – da stelle ich die Frage, was machen die jetzt eigentlich, denn die Asylkrise, die sogenannte, ist vorbei –

(Dr. Ralph Weber, AfD: Von wegen!)

und 150 zusätzliche Stellen dank des Koalitionsvertrages sind wir bereits bei 550 zusätzlichen Stellen,

(Horst Förster, AfD:  
Wo haben Sie das denn her?)

die mit dem Sicherheitspaket von weiteren 132 in Kürze auf dann 682 anwachsen werden.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und das ist gut so, denn das sind 18,43 Stellen pro Revier beziehungsweise Hauptrevier mehr. Das ist ein Anstieg von 30 bis 50 Prozent je nach bisheriger Personalstärke der Polizeireviere.

(Manfred Dachner, SPD: Richtig!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, 682 neue Stellen und keiner merkt es, schon gar nicht die Polizeireviere selbst.

(Christian Brade, SPD: Ich würde  
noch mal durchzählen lassen.)

Dann zählen Sie mal durch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin gegenwärtig,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

ich bin gegenwärtig dabei, die 37 Polizeireviere in unserem Land zu besuchen.

(Vincent Kokert, CDU:  
Ja, das werde ich auch tun.)

Natürlich,

(Vincent Kokert, CDU:  
Vielleicht treffen wir uns mal da.)

natürlich wartet man dort auf Verstärkung, aber die einfache Personalberechnungsmethode, Kollege Kokert – vielleicht werden Sie es dann lernen, wenn Sie die Besuche auch machen –, die einfache Personalberechnungsmethode Einwohner/Fläche/Straftaten funktioniert nicht, weil die Situationen in den Revieren unseres Landes einfach zu unterschiedlich sind.

(Manfred Dachner, SPD: Das macht  
ja auch gar keiner mehr, Herr Ritter!  
Da haben Sie die Zeit verpasst.)

Na ja, na ja!

(Manfred Dachner, SPD: Natürlich!)

Herr Kollege Dachner, wenn Sie sozusagen aus den VPKA-Zeiten hier etwas beitragen wollen, dann können Sie das gern machen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

aber das sind Erfahrungen, die ich jetzt gesammelt habe bei den 17 Besuchen,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

die ich bislang absolviert habe, und die nächsten sind am Montag schon geplant. Also lassen Sie solche, lassen Sie solche unsinnigen Zwischenrufe!

(Patrick Dahlemann, SPD: Herr Ritter,  
tun Sie doch nicht immer so, als wenn Sie  
die Einzigen wären, die das machen! –  
Zuruf von Minister Harry Glawe)



Diese Personalberechnungsmethode funktioniert eben nicht mehr und dem schon strapazierten Personalkörper werden vor Ort weitere Hürden in den Weg gestellt. Also mit dem Pakt ist nicht die letzte Hürde genommen, sondern weitere Hürden stehen im Weg.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Das sind zum Beispiel die permanenten Abordnungen nach Güstrow an die Fachhochschule, da sind die Bildungen von Einsatzeinheiten für Fußball oder für Demos – die Auflösung der EbL, der Einsatzzüge für besondere Lagen, rächt sich hier in besonderer Art und Weise –, die Begleitung von Abschiebungen, der erhöhte Aufwand,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

der erhöhte Aufwand ...

Bitte?

(Nikolaus Kramer, AfD: Über die Auflösung der EbLs haben Sie auch gesprochen.)

Da irren Sie. Da irren Sie.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Ach, da irren Sie. Anklam, Podiumsdiskussion, war die Auflösung der Hundertschaft in Anklam, EbL ist ein ganz anderer Schnack. Da lesen Sie mal die Reden und machen sich kundig,

(Nikolaus Kramer, AfD:  
Da bin ich dabei gewesen.)

bevor Sie hier irgendwelche unsinnigen Zwischenrufe machen!

(Nikolaus Kramer, AfD:  
Da bin ich dabei gewesen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Na, das hat ja nichts zu bedeuten.)

Erhöhter Aufwand durch weiter gewordene Wege durch die Gerichtsstrukturreform oder jetzt durch die Schließung der JVA Neubrandenburg, das sind zusätzliche Belastungen, das sind zusätzliche Hürden, die auf die Kolleginnen und Kollegen vor Ort kommen. Der Polizeiärztliche Dienst taugt für die Anforderungen schon lange nicht mehr. Möglichkeiten zum Üben des Umgangs mit der Waffe werden als unzulänglich betrachtet – und wir wollen den finalen Rettungsschuss einführen mit dann hoffentlich funktionierenden Waffen. Die KOBs, also die Kontaktbereichsbeamten, werden nicht selten in den Bäderdienst eingepflegt. So wird auch der Bäderdienst zu einer Mogelpackung und somit kommt auch die Prävention zu kurz. Die Umsetzung des deutsch-polnischen,

(Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,  
und Vincent Kokert, CDU)

die Umsetzung des deutsch-polnischen Polizeiabkommens

(Glocke der Vizepräsidentin)

ist mehr Schein als Sein. Das, was ich Ihnen hier vortrage, sind Ergebnisse der Gespräche, die ich mit den Revierleiterinnen und Revierleitern vor Ort geführt habe,

(Vincent Kokert, CDU: Sind ja  
auch richtig, die Ergebnisse.)

keine Erfindung von mir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Also nix,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

also nix mit höchster Priorität und nichts mit letzter Hürde.

(Vincent Kokert, CDU: Wie sehen  
denn Ihre Vorschläge aus, Herr Ritter?)

Und natürlich, und natürlich begrüßen wir die Erhöhung der Schichtzulagen. Aber meinen Sie denn im Ernst, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen gar keinen Schichtdienst mehr leisten können, jetzt motiviert werden durch die erhöhte Schichtzulage?

(Vincent Kokert, CDU: Nein,  
von denen sprechen wir auch nicht.)

Also wird es somit durch die erhöhte Schichtzulage keine erhöhte Präsenz in den Schichten geben können,

(Vincent Kokert, CDU: Na selbstverständlich!)

wird es keine Präsenz,

(Vincent Kokert, CDU: Das merkt man  
jetzt schon. Das haben sie Ihnen  
in dem Revier doch erzählt!)

keine Erhöhung der Präsenz geben können, weil natürlich nicht mehr Personal zur Verfügung steht. Und das ist doch Voraussetzung für eine Erhöhung der Präsenz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vincent Kokert, CDU: Deswegen erhöhen wir ja den Personalschlüssel, Herr Ritter.)

Zum Abschluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, völlig vergessen hat die Koalition bei Ihrem Sicherheitspakt übrigens den Strafvollzug.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Ja, genau, immer noch.)

Auch die personelle Ausstattung der Landesdatenschutzbehörde scheint mit Sicherheit nichts zu tun zu haben, und die Bereiche Bildung, Gesundheit oder Finanzverwaltung möchte ich abschließend lediglich in Erinnerung rufen.

(Tilo Gundlack, SPD: Ach, die müssen einfach mal anfangen zu arbeiten.)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Feiern besteht kein Anlass. Wer dies anders sieht,

(Vincent Kokert, CDU: Wer feiert denn hier?)

wer dies anders sieht, dem empfehle ich die Ausführungen des GdP-Chefs von Mecklenburg-Vorpommern, Christian Schumacher, in der Oktober-Aussage der GdP-Zeitschrift „Deutsche Polizei“. Wir sollten also nicht so sehr die sogenannten letzten Hürden, die überwunden sind, beklatschen, sondern vielmehr den Pakt als Startschuss begreifen, und diesen Weg zu begleiten, bin ich gern bereit. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

**Thomas Krüger**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sicherheit ist den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wichtig und Sicherheit ist ein Grundrecht. Wichtig ist mir auch, zu betonen, dass Sicherheit und Freiheit – und so ähnlich ist Herr Kokert ja auch eingestiegen – immer auf einer Ebene zu sehen sind. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit, ohne Freiheit wird es niemals wirkliche Sicherheit geben.

Einer der Gründungsväter der Vereinigten Staaten von Amerika, Benjamin Franklin, sagte dazu, ich zitiere: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Deswegen, meine Damen und Herren, ist uns als Sozialdemokraten wichtig, dass wir bei aller Diskussion um Sicherheit immer die Freiheitsrechte in unserer Gesellschaft achten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine Damen und Herren, wo stehen wir momentan? Innenminister Seehofer, über den sich wahrscheinlich hier im Saal der eine oder andere in den letzten Monaten ziemlich geärgert hat – ich auch –, hat aber am Wochenende in der „Schweriner Volkszeitung“ etwas gesagt, wo ich ihm ausdrücklich recht gebe. Auch das will ich zitieren: „Deutschland war, ist und bleibt eines der sichersten Länder der Welt. Die Kriminalitätszahlen sind erfreulich deutlich zurückgegangen.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, dazu gehört die Information, dass die Kriminalität im Nordosten Deutschlands noch einmal deutlich niedriger ist als die Kriminalität im Schnitt der deutschen Länder. Dennoch, meine Damen und Herren, haben wir in der letzten Legislaturperiode uns dazu entschieden, um weitere 100 Polizisten aufzustocken. Das war richtig so, das ist geschehen vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation, die wir in der letzten Legislaturperiode zu bewältigen hatten. Mit dem Koalitionsvertrag von SPD und CDU haben wir uns darauf verständigt, weitere 150 Polizeistellen zu schaffen. Und wir haben zudem gesagt, wir wollen schauen, an welcher Stelle die Struktur der Polizei so geändert werden kann, dass Leute, die heute, ich sage mal – das ist fachlich sicherlich unsauber, aber besser verständlich –,

Leute, die heute noch im Innenbereich Dienst machen, dann am Ende auf der Straße sein werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Die gibt es doch kaum noch.)

Hinzu kommen weitere 150 Stellen, die wir nun im Pakt für Sicherheit vereinbart haben.

Letztlich ging es uns Sozialdemokraten in den Gesprächen mit unserem Koalitionspartner um zwei Dinge, die für uns besonders wichtig waren. Wir wollten, dass in jedem Polizeirevier jederzeit mindestens zwei Streifenwagen ihren Dienst machen können. Und zweitens war uns wichtig, dass die Polizistinnen und Polizisten, die ihren Dienst auf der Straße tun, also bei Hitze, bei Frost, bei Schnee, bei Regen, dass die am Ende des Tages mehr Geld im Portemonnaie haben. Das war uns wichtig. Meine Damen und Herren, diese beiden Ziele haben wir mit dem Pakt für Sicherheit auch erreicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Vincent Kokert, CDU)

Zudem haben wir gemeinsam erreicht, dass die Ausstattung der Gerichte verbessert wird. 23 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte werden geschaffen. Denn es geht ja nicht nur darum, potenzielle Täter zu fangen, es muss am Ende auch darum gehen, potenzielle Täter vor Gericht zu stellen und am Ende schnellstmöglich ein Urteil zu erreichen. Vor diesem Hintergrund war die Stärkung der Justiz dann auch folgerichtig.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Der Strafvollzug gehört auch dazu.)

Alles in allem möchte ich mich bei unserem Koalitionspartner für die konstruktiven Gespräche, die wir hatten, bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Herzlichen Dank.

(Torsten Renz, CDU: Das muss  
ich erst mal sacken lassen.)

Ja, meine Damen und Herren, wir haben in mehreren Gesprächsrunden zusammengesessen und es war von vornherein Konsens, wir wollen gemeinsam etwas erreichen, und wir haben gemeinsam etwas erreicht. Auch ich möchte sagen, so konstruktiv, wie wir zusammengearbeitet haben in mehreren Bereichen in den letzten Monaten, da können andere Regierungen, andere Koalitionen sich durchaus eine Scheibe abschneiden. So, wie wir hier arbeiten, machen es leider nicht alle.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs dargestellt, dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt ist, mit sinkenden Kriminalitätszahlen, und Mecklenburg-Vorpommern innerhalb Deutschlands noch einmal sicherer ist als andere Länder. Dennoch haben wir uns auf den Pakt für Sicherheit geeinigt und ich will Ihnen die Hintergründe darstellen, die uns dazu bewogen haben, hier zu handeln.

Zum einen ist es so, dass das Sicherheitsbedürfnis der Menschen gestiegen ist. Das passiert mir auch in meinem Wahlkreis, dass Menschen auf mich zukommen und mir sagen, sie wollen Polizei auf der Straße sehen, sie wollen Polizei im Straßenbild erleben. Und das ist eigentlich eine der größten Auszeichnungen, die es für die Polizei gibt. Es gibt Länder auf dieser Welt, da wird Polizei mit Gefahr verbunden und die Leute verziehen sich. In Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern ist es so, dass Polizeibeamtinnen, Polizeibeamte so viel Vertrauen genießen, dass die Leute sagen, wir wollen sie sehen, und dass wir sie im Straßenbild sehen, steigert unser Sicherheitsgefühl. Deswegen an dieser Stelle einmal ein herzliches Dankeschön an die Polizeibeamten, denn das ist etwas, was wir als Politik nicht machen können. Das

ist letztlich etwas, was die Polizisten selbst erreicht haben, dieses Image aufzubauen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Zum Zweiten geht es uns darum, dass das Gewaltmonopol beim Staat bleiben muss. Meine Damen und Herren, es ist so, wir müssen einen wehrhaften Staat behalten, gerade in einer Zeit, in der gewalttätige Extremisten unsere Gesellschaft bedrohen. Und da ist es mir völlig egal, ob die Extremisten von rechts, von links oder aus dem islamistischen oder welchem Umfeld auch immer kommen, der Staat muss das Gewaltmonopol behalten und Polizei und Justiz müssen die Aktivitäten von Extremisten möglichst frühzeitig unterbinden können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist beispielsweise völlig inakzeptabel, dass sogenannte Bürgerwehren durch die Straßen ziehen und das Recht in die eigene Hand nehmen. Es ist völlig inakzeptabel, dass sich da Menschen zu Gruppen zusammenschließen, auf den Untergang der Gesellschaft wetten, sich darauf vorbereiten und sich ausspinnen, wie sie dann die sogenannte Macht übernehmen können, wie beispielsweise in der Prepperszene, und es ist völlig inakzeptabel, wenn die Reichsbürger meinen, sich einen eigenen rechtsfreien Raum schaffen zu können – alles Phänomene der jüngsten Zeit, die Polizei und Justiz mit im Blick behalten müssen, alles Dinge, die hier bearbeitet werden.

Zum Dritten, meine Damen und Herren, brauchen wir eine bessere Präventionsarbeit. Und, Herr Ritter, es ist anders, als Sie gesagt haben. Wir stärken mit dem Pakt für Sicherheit auch die Präventionsarbeit.

(Vincent Kokert, CDU: So ist es.)

Es werden da mehr Beamtinnen und Beamte unterwegs sein. Wir schaffen das gemeinsam mit dem Pakt für Sicherheit.



(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Entfernungen in unserem dünn besiedelten Land spielen eine Rolle. Wir haben – ich habe gehört, man soll diese Statistik nicht bringen, aber die Statistik ist die Wahrheit –, wir haben die höchste Anzahl an Polizisten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl aller deutschen Flächenländer. Dennoch ist klar, dass die Entfernungen in unserem dünn besiedelten Land so groß sind, dass die Einsatzkräfte weite Wege zurückzulegen haben, und natürlich sollte das dann auch eine Rolle spielen. Auch da, an dieser Stelle, arbeiten wir.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Meine Damen und Herren, mehr Personal wird nicht vom Himmel fallen. Dafür haben wir die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege und der Innenminister hat deutlich gemacht, dass hier im Bereich der Infrastruktur und der personellen Ausstattung die Voraussetzungen geschaffen werden. Die Herausforderungen müssen in der Tat wirklich angegangen werden, denn mit steigenden Zahlen in Güstrow müssen die räumlichen Voraussetzungen da sein, müssen Ausbildungskräfte da sein. Für all das wird gesorgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was die Ausführungen von Herrn Kramer angeht, dass die Bewerberzahlen sinken: Ja, das ist ein Problem. Auch vor diesem Hintergrund muss der Polizeidienst attraktiver gemacht werden, und genau das bieten wir auch mit dem Pakt für Sicherheit an. Sie haben selbst angesprochen die Aufstiegsmöglichkeiten. Hier wollen wir handeln.

Es hätte mich sehr gewundert, wenn die AfD hier eine Rede gehalten hätte, wo sie nicht eine Schuld bei den Migrantinnen und Migranten gesucht hätte, haben Sie wieder hingekriegt. Ich habe immer den Eindruck, das ist das einzige Thema, was Sie haben. Sie bedienen hier unsere Klischees. Machen Sie ruhig weiter so! Ist so.

Das, was Herr Ritter hier gemacht hat, ist aus meiner Sicht der Versuch, für DIE LINKE zu reklamieren, dass DIE LINKE alleine unterwegs gewesen ist in den Polizeirevieren

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das hat er gar nicht gesagt.)

und den Kontakt zu den Polizeibeamten gesucht hat. Ich kann Ihnen sagen, ich weiß sowohl aus meiner Fraktion als auch aus der Fraktion der CDU, dass da viele Aktivitäten gemacht werden. Insbesondere die Ministerpräsidentin ist unterwegs gewesen, hat sich vor Ort informiert. Wir sind alle miteinander bemüht, die Situation der Polizei, die Situation der Justiz zu verbessern.

Meine Damen und Herren, Polizei und Justiz werden gestärkt, die Menschen in unserem Land werden geschützt, die Freiheit wird geschützt. Mit dem Pakt für Sicherheit gelingt uns das. Für mich, für die Menschen, für dieses Land, für die Sicherheit ist dies ein guter Tag. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Krüger hat vorhin schon eine Ausführung zu Amerika gemacht, so möchte ich auch anfangen. Wissen Sie, was heute vor genau 87 Jahren geschah? Am 24. Oktober 1931 wurde ein gewisser Al Capone, einer der berüchtigtsten Gangster der 20er- und 30er-Jahre, verurteilt. Wegen Steuerhinterziehung erhielt er elf Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 50.000 Dollar. Al Capone ist als Typus des skrupellosen Gangsters in die Geschichte eingegangen. Der 24. Oktober 1931 wurde zu einem symbolischen Sieg des Rechtsstaats. Er wurde zu einem Symbol dafür, dass sich Sicherheit und Ordnung am Ende durchsetzen. Polizei und Justiz sind die Garanten für diese Sicherheit und Ordnung. Wer Polizei und Justiz vernachlässigt, der sorgt dafür, dass Menschen wie Al Capone die Gesellschaft übernehmen.

Wir stehen für den Rechtsstaat und für Sicherheit und Ordnung. Deshalb haben wir bereits in den letzten Haushaltsberatungen zusätzliche 405 Stellen für die Polizei und jährlich zusätzliche 25 Stellen für Richter und Staatsanwälte gefordert. Es ist deshalb umso mehr verwunderlich, dass heute hier ein sogenannter Pakt für Sicherheit und Ordnung so gefeiert wird. Die Regierung bleibt mit ihren geplanten neuen Stellen – 150 für die Polizei und 23 für Richter und Staatsanwälte – weit unter dem, was notwendig ist.

Ich möchte jetzt insbesondere auf die Justiz eingehen, ein Punkt, der heute von allen Vorrednern noch gar nicht angesprochen wurde, denn die zu geringen neuen Stellen sind nicht das einzige Problem mit diesem Pakt für innere Sicherheit. Was die Justiz angeht, muss man sagen, liegt hier nur eine Scheinlösung vor. Die ganze Wahrheit ist, dass nicht nur neue Stellen geschaffen werden, sondern die Justiz weiter Stellen abbauen muss, denn die Landesregierung beharrt auf ihrem unseligen Personalentwicklungskonzept. Hiernach müssen jedes Jahr ein Prozent der Personalkosten der Landesverwaltung eingespart werden und damit auch in der Justiz. Während also öffentlich neue Stellen für Richter und Staatsanwälte gefeiert werden, muss hintenherum das Justizministerium überlegen, wie in der Justiz wieder Stellen abgebaut werden.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, so geht das nicht! Wir brauchen einen starken Staat, der auch in der Fläche vertreten ist und die Bürger nicht alleinlässt. Wir brauchen eine starke Polizei, aber wir brauchen auch eine gut ausgestattete Justiz.

Am 24. Oktober 1931, vor 87 Jahren, konnte die Welt einen Tag feiern, an dem sich der Rechtsstaat durchgesetzt hat. Heute können wir aber leider nur den berühmten Tropfen auf den heißen Stein feiern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV  
und Jürgen Strohschein, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** ...